

Der Mahnruf

Im Abonnement 12 Groschen

Kampfblatt der Werktätigen

Im Straßenverkauf 15 Groschen.

Erscheint wöchentlich

Vierteljahrsabonnement S 1.40

Erscheint wöchentlich

Verwaltung und Redaktion: Elisabethengasse Nr. 20. — Sperrstunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 6 bis 7 Uhr abends.

Nummer 26

Graz, Juni 1928

2. Jahrgang

Es ist Zeit, zu handeln!

Der „Arbeiterwille“ vom 18. Juni berichtet:

Maschinengewehrübung der Frontkämpfer in Rabegund.

Gestern Vormittag hielt eine Frontkämpferabteilung von 30 bis 40 Mann eine Maschinengewehrübung in der Gegend des Niederschöckels ab. Das Maschinengewehr, das auf einem größeren Gutshofe zwischen Rabegund und Mariatrost eingestellt ist, führten sie auf einem kleinen Lastkraftwagen mit sich. Ausflügler und die Bewohner der Gegend vernahmen den ganzen Vormittag das Krachen der Maschinengewehrschüsse. Nur die Gendarmerie scheint nichts davon gehört zu haben.

Die „Rote Fahne“ schreibt aus Niederösterreich:

In Pottendorf und Fayerbach-Reichenau fanden Aufmärsche des Republikanischen Schutzbundes statt. Zur gleichen Zeit hatte der Vaterländische Schutzbund am Turnplatz in Neunkirchen eine Veranstaltung, zu der auch von Wien und den Orten an der Südbahnstrecke Falkenkreuzler kamen. Gegen 2 Uhr nachmittags erfolgte die Rückfahrt mittels Lastautos. Vor der Schraubenfabrik Brewiller-Urban standen einige Arbeiter, die, als die Autos die Straßen passierten, „F!“ riefen. Die Lastautos blieben stehen, die Faschisten stiegen ab und hieben mit Stöcken auf die Arbeiter und Republikanischen Schutzbündler, die mittlerweile hinzugekommen waren, ein. Die Polizei wurde gerufen, zog vom Leder und sicherte den Faschisten die Weiterfahrt. Als die Autos nach Sautersdorf kamen, wurde neuerlich Halt gemacht und die Falkenkreuzler luden von einem Schotterhaufen Steine in ihre Autos. Sie beabsichtigten nämlich in Brunn einen neuerlichen Überfall, was jedoch dadurch verhindert wurde, daß man den Faschisten die Durchfahrt durch den Ort verbot.

Im „Arbeiterwille“ lesen wir:

200 Falkenkreuzergewehre von der Wiener Polizei beschlagnahmt.

Sie waren für die Tiroler Heimwehr bestimmt
Wien, 16. Juni. (Eigenbericht.) Heute wurden auf dem Westbahnhof Gewehre, in vier Kisten verpackt, von der Polizei beschlagnahmt. Sie waren natürlich nicht als Militärsgewehre, sondern als Jagdgewehre deklariert. Sie stammen von einer Wiener

Firma und waren an einen Bäckermacher in Innsbruck ausgegeben worden. Die Gewehre waren gut erhaltene Werndsgewehre, die von den Nationalsozialisten offenbar an die Tiroler Heimwehr gesendet werden sollten. Das geht daraus hervor, daß die vier Kisten Gewehre aus dem Staatsgebäude in der Elisabethstraße, das den Nationalsozialisten überantwortet worden ist, auf den Westbahnhof gebracht worden sind.

Zu dieser Meldung ist wichtig festzustellen, daß die Wiener Polizei erst auf die Waffensendungen aufmerksam gemacht werden mußte.

Vom 19. Juni berichtet die „Rote Fahne“:

Wieder Heimwehrwaffen gefunden.

Vor kurzem wurde in Wels eine größere Waffensendung durch Bahnarbeiter entdeckt, die allem Anschein nach für die oberösterreichischen Heimwehren bestimmt waren.

Die sozialdemokratischen Führer fragen noch immer im Nationalrat und in den Landtagen, was die Regierung zur Abwehr gegen den drohenden Bürgerkrieg zu tun gedenkt. Lassen wir sie weiterfragen und organisieren wir das werktätige Volk, die Abwehr.

Als erste Etappe haben wir die Bildung eines Abwehrkomitees vorgeschlagen, das aus Vertreter aller proletarischer Parteien und Richtungen, Vertreter der Gewerkschaft, der Betriebe, des Schutzbundes, der Arbeiterjugend bestehen soll.

In diesem Sinne sind von uns Aufrufe an folgende Stellen ausgesandt worden:

An die Betriebsratsinstitutionen von Steiermark, an die Gewerkschaftsverbände und an Gewerkschaftsfunktionäre, an die Freidenker-Obmänner von Steiermark, an die Arbeiterjugend und einige ihrer Funktionäre, an die sozialistischen Hoch- und Mittelschüler, an die Zentrale der Kommunistischen Partei, an ihre Ortsgruppen in Steiermark, an die Leitung des ehemaligen Roten Frontkämpferbundes, an den Landesverband der Kriegsbeschädigten, an die Ortsgruppe Graz, an den unpolitischen Gemeinbearbeiterverband, an den Republikaner, an Funktionäre des Schutzbundes, und der Wehrtürmer und an eine Reihe von Intellektuellen, die sich zur proletarischen Bewegung bekennen.

Die christlichsoziale Bürgermeistergattin und Brandlegerin von Zulln freigesprochen.

Im Vorjahre brannten in Zulln viele Scheunen nieder. Durch einen Hilfsarbeiter wurde der Gendarmerie gemeldet, daß die Bürgermeistergattin, die eine große Zimmermannswerkstatt hat, des Geschäftes wegen die Brände legen ließ. Die Gendarmerie zwang den Hilfsarbeiter aber das Geständnis zurückzugeben. Die Sache kam trotzdem in die Öffentlichkeit und

die Bürgermeistergattin wurde verhaftet. Zwei Tage vor der Verhaftung wurde sie als christlichsoziale Parteifunktionärin noch mit Seipel photographiert. Das St. Pöltner Geschworenengericht verurteilte sie nach einem langen Prozeß zu 12 Jahren Kerker. „Hohe politische Persönlichkeiten der Christlichsozialen“ setzten die Aufhebung des Urteiles durch. Eine neue Verhandlung wurde festgesetzt und die zu 12 Jahren verurteilte Brandlegerin wurde vor einigen Tagen, dank ihren Beziehungen zu den Ministerien und zu Seipel, freigesprochen.

Das Abwehr-Komitee.

Die Arbeiter merken es, der Faschismus steht vor den Toren. Die Heimwehren, die Frontkämpfer, die Falkenkreuzler ziehen schon bewaffnet herum und schlagen Arbeiter nieder. Auf den Bahnen rollen unter falscher Marke Waffentransporte für die Heimwehren. Sie und da entdeckt ein wachsame Proletariatsorgane die Transporte. Auf den großen Gutshöfen werden die Maschinengewehre aus den Beständen herangezogen und ausprobiert. Das ist die Vorbereitung der Reaktion zum Losschlagen. Der Gang der Putschvorbereitungen ist eine Kopie der Geschichte des italienischen Faschismus.

Die sozialdemokratischen Führer, die keine Proletariatsorgane, sondern Kleinbürger sind, schauen dem Treiben kopf- und planlos zu. Sie winseln nur dumme Anträge, ob nicht die Regierung eingreifen will.

Das Proletariat hat diese schwächliche Haltung satt. Jeder Arbeiter weiß, daß für den österreichischen Faschismus das letzte Ständchen geschlagen hat, wenn die Arbeiter zugreifen. Und diese Abwehr muß jetzt organisiert werden. Nicht von einer Partei, sondern von allen Seiten des proletarischen Lagers. Die Aufgabe ist groß und sie kann nur gemeinsam gelöst werden. Es müssen sich deshalb die Vertreter des Proletariats und der kleinen Bauern sowie die Einzelpersonen, die diesen Gedanken einer gemeinsamen Abwehr aktiv unterstützen wollen, einmal zusammensuchen und zwar in dem Forum, daß wir als Abwehrkomitee bezeichnen.

Die Faschistenbanden erkennen, daß eine gemeinsame Abwehrfront ihrem Treiben ein Ende bereiten wird. In den Heimwehrkreisen, bei den Frontkämpfern, bei den Falkenkreuzlern und auf den Hochschulen wurde deshalb unser Aufruf erregt debattiert.

Die Faschisten werden in den nächsten Wochen gespannt verfolgen, wer sich zu der einheitlichen Abwehr entschließen wird. Die sozialdemokratischen Spitzenführer werden den Heimwehrfaschisten zu Hilfe kommen und ihre Anhänger versuchen, von einer einheitlichen Abwehrfront zurückzuhalten.

Da müssen die sozialdemokratischen Arbeiter und ihre Funktionäre aber stärker sein, als ihre Fremder und unbedingt Delegierte ins Abwehrkomitee entsenden.

Wer sonst in Worten bisher gegen den Heimwehrfaschismus Stellung genommen hat, muß jetzt Farbe bekennen und sich für oder gegen den Eintritt ins Abwehrkomitee bekennen.

Der kommunistischen Partei und der ehemaligen Leitung des roten Frontkämpferbundes, der von der Regierung verboten wurde, muß gesagt werden, daß Einzel- und Sonderaktionen scheitern werden und der Sache schaden.

Die Parteigenossen und Sympathisierenden müssen helfen den Gedanken der einheitlichen Abwehr überall zu verbreiten.

Vor dem Jahrestag des 15. Juli muß das Abwehrkomitee zur Wirklichkeit geworden sein.

Nach der Einnahme von Peking.

Von Kurt Landau.

Die streitenden Söldtruppen sind in Peking eingezogen. In Peking sollen die Nordtruppen zur Nanjing-Regierung übergegangen sein. Damit ist die erste Etappe der Einigung Chinas auf bürgerlich-nationaler Basis abgeschlossen. Die nächste Etappe der chinesischen Revolution wird unvergleichlich komplizierter sein, wird unvergleichlich stärker das Schicksal Europas berühren als die soeben abgeschlossene.

Raum sind die Schanxi-Truppen, die dem Oberbefehl der Nanjing-Regierung unterstehen, in Peking eingezogen, kaum hat die Nanjing-Regierung die Etablierung des ungeheuren Reiches in 6 Verwaltungsbezirk (Nanjing, Kanton, Kailang, Hankau, Peking, Kufden) verkündet, da beginnt sich der Gegensatz zwischen der Gruppe Fung (des „christlichen“ Generals) und der Nanjing-Regierung zuspitzen. Dieser Kampf hat nichts mehr zu tun mit der Frage feudaler Norden und kapitalistischer Süden. Beide Gruppen gehören der national-bürgerlichen Bewegung an, beide Generale sind Kuomintang-Führer. Anhänger des Sun-Yai-Senismus. Außerlich betrachtet, scheint der Gegensatz zwischen den beiden Gruppen nur machtpolitisch zu sein. Die aller nächste Zukunft wird erst erweisen, daß hinter der Nanjing-Regierung Japan steht, mit dem es Tschang-Kai-Schek so schnell gelang, den Konflikt in Schantung beizulegen, und daß sich hinter Fung das amerikanische Kapital versteckt, das mit steigender Unruhe die Politik Japans in Schantung und in der Mandchurie verfolgt.

So beginnt die zweite Etappe des „einheitlichen“ bürgerlichen Chinas mit der verhängnisvollen Auseinandersetzung zwischen dem japanischen und amerikanischen Imperialismus. Solange das Land durch die Kämpfe zwischen Norden und Süden zerrissen war, konnte der Gegensatz zwischen Japan und Amerika indirekt ausschließlich durch die chinesischen Generale ausgetragen werden. Die letzten Vorstöße Japans, das seine Machtpositionen direkt verstärkt und anscheinend ein günstiges Kompromiß mit der Nanjing-Regierung erreichte, rufen Amerika unmittelbar auf den Plan.

Wie lange wird es dauern, bis der Gegensatz zwischen Japan und Amerika zum direkten Krieg zwischen den beiden imperialistischen Staaten führt? Zum Krieg auf chinesischem Boden, der alsbald zum neuen Weltkrieg umschlägt? Die Hoffnung der bürgerlich-reaktionären Kuomintang war, in China eine eiserne bürgerliche Diktatur, blutig nach innen und unabhängig nach außen, nach dem Beispiel der kemalistischen Türkei aufzurichten; die Verwirklichung dieser Hoffnung aber ist unmöglich, denn der Imperialismus, der in China entscheidende Positionen bezieht, wird diese um keinen Preis gutwillig aufgeben. Auf der anderen Seite ist die Volksbewegung der Arbeiter und Bauern zwar geschlagen, aber nicht überwunden. Während das kemalistische Regime nur geringen Widerstand im Innern findet, da der anatolische Bauer noch nicht zum Klassenbewußtsein erwacht, das Industrieproletariat dagegen sehr spärlich ist, konnte die chinesische Bourgeoisie ihre Führung nur im blutigsten Bürgerkrieg gegen die Volksmassen aufrechterhalten.

Entweder vor der Volksrevolution kapitulieren oder vor dem Imperialismus, so stellte die Geschichte die Alternative vor die chinesische Bourgeoisie. Sie hat den letzteren Weg gewählt. Sie wird dadurch zum Objekt der imperialistischen Konkurrenzkämpfe. Sie verachtet dadurch den Gegensatz zu den Volksmassen, denen sie statt Land und Brot eine höchst zweideutige „Reichseinheit“ und eine noch problematischer „nationale“ Unabhängigkeit beibringt.

Die nationale Revolution erwies sich nicht nur als unfähig, die sozialen Probleme zu lösen, sie scheitert auch im Zeitalter des Imperialismus in den entwicklungten, halbkolonialen Staaten an der Lösung der nationalen Frage. Landhungers der Bauern,

Steuerdruck, das Elend der vom Kapitalismus über den Haufen gerannten Handwerkerfamilien (die viele Millionen zählen), der Kampf des modernen Industrieproletariats um ein menschenwürdiges Dasein, das waren die Triebkräfte der großen sozialen Bewegungen in China im Jahre 1926—27.

Opportunismus, Verrat, mangelnde Erfahrungen haben zu den großen Niederlagen in Schanghai, Hankau und Kanton geführt. Die Bedingungen, aus denen diese sozialen Bewegungen erwuchsen, haben

sich nicht verbessert. Im Gegenteil: jede Illusion, daß nach der nationalen Einheit die Era sozialer Reformen beginnen wird, zerstreut angesichts der Wirklichkeit. Von neuem wird sich — mag es uns Revolutionären auch langsam erscheinen — vom Standpunkt der Geschichte sind Jahre nur Minuten — die Volksrevolution erheben, erfahrener und machtvoller ihrem Ziele zustrebend: der Aufrichtung der Diktatur der Arbeiter und Bauern, der Sowjetdemokratie, dem Kommunismus.

Das Betriebsrätegesetz verschlechtert.

Die Arbeiter und kleinen Bauern müssen an die Macht. Früher wird es nicht anders. Jetzt wurde wieder das Betriebsrätegesetz verschlechtert. Seit 10 Jahren geht das schon so fort. Verschlechterungen auf Verschlechterungen. Warum? Weil sich die Bürgerlichen vor den Arbeiterkäufen sicher fühlen. Durch eine Regierungsverordnung wurde verfügt: Neuwahlen müssen vorgenommen werden, wenn nicht mehr alle Betriebsratsstellen besetzt sind. Bisher mußten Neuwahlen durchgeführt werden, wenn nicht mehr die Hälfte der Betriebsratsstellen besetzt war. Jetzt genügt das Fehlen eines Betriebsrates und eine Neuwahl muß stattfinden. Wo Faschisten im Betriebsrat sind, können auf diese Weise durch das Zurücktreten der Faschisten ständig Neuwahlen inszeniert werden, so daß faktisch kein Betriebsrat mehr existiert. Ferner wurde verordnet: „Aus der Betriebsratsklasse dürfen nur notwendige Vorauslagen bestritten werden“. Früher hieß es: „Alle erwachsenen Vorauslagen dürfen bestritten werden“. Mit der Klausel „notwendige“ ist jedem gelben Betriebsrat die Handhabe

gegeben, jede Ausgabe die dem Unternehmer nicht paßt, als „unnötig“ beim Einigungsamt anzukämpfen, z. B.: Die Delegation zu einer Gewerkschaftstagung. Derart soll mit Regierungsverordnungen, deren hinterhältiger Zweck nicht von allen sofort erkannt wird, die Bewegungsfreiheit der Betriebsräte eingeschränkt werden. Die schwerwiegendste Verschlechterung liegt aber darin, daß Betriebsratsfunktionen nur dann während der Arbeitszeit abgehalten werden dürfen, wenn es die Umstände „unbedingt“ erfordern. Damit gibt die Regierung den Unternehmern die Möglichkeit, die Betriebsratsfunktionen während der Arbeitszeit unmöglich zu machen, außer die Arbeiter rebellieren, dann wird der Unternehmer Verordnungen zur Abbremsung der Empörungsbürde gütigst gewähren.

So wird die Schlinge, in der sich die Arbeiter mit der bürgerlich-demokratischen Republik fangen ließen, immer fester zusammengezogen, bis die Arbeiter auf die Straße ziehen werden, um endgültige Abrechnung zu halten.

Eine klare Antwort der kirchlichen Kriegsbefehdigen.

Rückl, der mit seinem Intelligenzgrüppchen „echter“ Sozialdemokraten von der Ortsgruppe Graz den wohlverdienten Zutritt erhalten hat, ist bemüht, mit den lumpigsten Mitteln den Opfern des Stahlbades das Leben noch mehr zu verschlechtern.

Diesem „November-Sozialdemokraten“ und dem Drahtverbau-Langhardt ist kein Mittel zu schlecht, ihre wankenden Positionen zu verteidigen. Eine Funktionären-Vollversammlung der Ortsgruppe Graz unter Vorsitz des Kameraden Saischel mußte deshalb am 20. Juni im Gasthof „3 Raben“ zur Lage Stellung nehmen. Aus dem Referat des Kam. Saischel ging hervor, daß Rückl, der heute noch immer gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der Kriegsbefehdigen die Obmannstelle des Landesverbandes beschmugelt, zu den niederträchtigsten Mitteln greift, um die ihm unangenehme Ortsgruppe Graz, die seinen Novembersozialismus und sein Kleinbürgertum durchschaut, abzuwürgen.

Rückl will uns den Brotkorb höher hängen — sagte Kam. Saischel, indem er die Gelder aus den Einnahmen des Kinofonds den Invaliden nicht ausfolgt. Der Betrag ist bereits auf 100 Millionen angewachsen. Damit schädigt Rückl die große Masse der unterstützungsbedürftigen Kriegsinvaliden, der Witwen und Invalidenkinder. Da Rückl durch Entziehung unserer Gelder die Ortsgruppe Graz aushungern will, waren wir gezwungen, den uns zustehenden Anteil aus dem Pavillon-Extrakt Jalo-miniplatz, der nach Vereinbarungen Langhardts beim christlichen Kriegssopferverband deponiert wird, zu beheben.

Es ist deshalb eine schamlose Verdrehung des „Arbeiterwille“ (der besser „Bongenwille“ heißen sollte, D. Red.), wenn er von einem Partieren mit den Christlichsozialen faßelt. Wir haben, erklärte Saischel, mit den Christlichsozialen nichts gemein (lebhafteste Zustimmung aller Funktionäre), lassen uns aber auch von der sozialdem. Partei keine Befehle erteilen. Auf die Versammlung in St. Peter zu sprechen kommend, wurde festgestellt, daß Hofmann

als Werkzeug der Rückelclique hinter dem Rücken der Ortsgruppe Graz eine B.-sammlung organisierte. Dabei ging der als „Gast“ eingeladene sozialdem. Gemeinderat so weit, folgende sozialdem. Führungsmethoden der Saischelgruppe anzukündigen: „Im Namen der sozialdem. Partei werde ich dafür sorgen, daß der Schutzbund auch hinausstreift und daß der Schutzbund eure Versammlungen in St. Peter verhinbert!“ Die Versammlung ging in Tumult auf, da die Mitglieder von den Langhardt-Meier-Bongen nichts hören wollten.

Der Funktionären-Versammlung wurde zur Beschaffung von Einnahmen die Durchführung einer Tombola vorgeschlagen. Außerdem soll dem Landtag ein Kinogebäude vorgelegt werden, welches die Einnahmen der Ortsgruppe Graz sichert. Wenn notwendig, wird ein Aufmarsch der Kriegsbefehdigen diese Forderung unterstützen.

Kam. Saischel berichtete, daß hunderte Neuaufnahmen zu verzeichnen sind. Viele, die früher, angeleitet von der Rückl-Langhardt-Meier-Clique, den Verband verlassen haben, kehren wieder zurück. Alle, in der Parteibewegung ergraute Männer kamen zu Kam. Saischel und erklärten die Konsequenzen zu ziehen, wenn die Schreibweise des „Arbeiterwille“, die einem Revolutertyp ähnlich sieht, nicht aufhört.

In der Debatte kam von allen Rednern das feste Bekenntnis zum Ausdruck, daß niemand mit den Christlichsozialen etwas gemein haben will. Damit ist die Demagogie des „Arbeiterwille“ jenseits auch die Strauchritterpolitik der bürgerlichen Presseclique, welche im Trüben fischen will, festgenagelt.

Ein Vertreter der Kriegsbefehdigen Eisenbahner erklärte: wir können den Sonntagsgenossen Rückl nicht mehr dulden, das ist auch der Wille von 90 Proz. meiner Anhänger.

Kam. Gernitsch berichtete, daß Langhardt den Kam. Saischel in St. Peter wieder als Schwindler beschimpfte. Langhardt wies sich beim Landesgericht zu verantworten haben.

Kam. Jabornigg verwahrte sich im Namen aller gegen die Verdächtigungen im „Arbeiterwille“, der um Verwirrung anzurichten, die Lage von dem Zu-

Arbeiter! Arbeiterfrauen! Jugendliche Arbeiter! Berichtet eure Erlebnisse mit den Ausbeutern in Betrieb und Werkstatt an den „Arbeiter“!

kommengehen mit den Christlichsozialen austreten. Er erklärte sich gegen die Christlichsozialen, was mi Zustimmung aller aufgenommen wurde.

Ram. Negberger stempelte Rüdél zum ersten Prägelgardisten, da er im Jahre 1925 mit einem Stockfisch auf einen Kriegsbeschädigten losging. (Fürwahr, ein tapferer Offizier! D. Red.)

Ram. Auß erklärte, daß große Kreise der Arbeiterschaft den Kampf der Kriegsbeschädigten mit Interesse verfolgen. Er verbürge sich als Kommandant des Schutzbundes vom 4. Bezirke, daß man die Schutzbündler nicht gegen Kriegsinvaliden mißbrauchen werde. Auch werde er, nachdem er die Wahrheit kennengelernt habe, in der Partei für die Ortsgruppe Stellung nehmen.

Auß wie auch der nächstfolgende Debatteredner Ram. Reinz erklärte, man habe vom „Arbeiterwille“ schon vieles schluden müssen. So habe man eines Tages im „Arbeiterwille“ eine große Propaganda-Annonce für die Bäckerei Pichler gelesen, während tagstuvor ein Artikel gegen Pichler gebracht wurde. Wir kämpften schwer gegen Pichler, während der „Arbeiterwille“ um einige Silberlinge unsere Interessen preisgab. (Der „Mahnruf“ war das einzige Blatt, welches damals gegen Pichler den Kampf führte. D. Red.) Reinz ersuchte die Funktionäre, den Kampf gegen Pichler zu unterstützen und nichts bei ihm einzukaufen.

Ram. Hausner forderte in einem Antrag, die von Langhardt nicht abgerechneten Gelder innerhalb 48 Stunden zu verlangen, widrigenfalls die Anzeige zu erstatten. Wir müssen energisch und schnell Schluß machen mit diesen Leuten, um freie Hand zum Kampf für die Verbesserung der Lage der Kriegsinvaliden zu bekommen. Das Ministerium und der Finanzreferent von Graz machen mit den Invaliden schon, was sie wollen. Es kommt vor, daß Invalide mit 100 Proz. auf 50 Proz. herabgesetzt werden. Das darf nicht mehr so weitergehen. Die besten Vertrauensmänner und Gesuche sowie die Beschwerden nützen nichts mehr. Wir müssen uns einstellen auf eine Verbesserung durch die 10. Novelle. Der Landesverband selbst bleibt untätig, was auch Ram. Saischel erklärte.

Nach Annahme einer scharfen Resolution und mehreren Anträgen wurde die Konferenz geschlossen.

Die Bilanz derselben war: Erstens, die schädliche Handlungsweise des Rüdél und Langhardt samt den Lügen des „Arbeiterwillen“ wurden erneut festgestellt. Zweitens, die Ortsleitung Graz und ihre Funktionäre legten das Bekenntnis ab, sich weder von den sozialdem. Parteigrößen Befehle diktieren, noch von der Hyänenpolitik der Christlichsozialen fangen zu lassen. Drittens, die Ortsgruppe Graz ist trotz aller Sabotage und Gemeinheiten der Rüdél-Langhardt-Clique am Vormarsch. Viertens, die Konferenz sprach den festen Willen aus, als Hauptaufgabe den Kampf für die Verbesserung der Lage der Kriegsoffer zu organisieren.

Ein Vorstoß Geipels gegen die Mieter.

Am 26. Juni bringt Geipel im Parlament einen Gesetzesentwurf ein, demnach die Mietzinsen jährlich bis auf das 6000fache gesteigert werden sollen. Im Parlament, das müssen die Arbeiter wissen, sind nicht die Kräfte, die diesen Raubzug verhindern können. Diese Kraft ist außer dem Parlament, bei den Arbeitern.

Solidarität führt zum Erfolg.

Auch bei Aß und Negrelli in Graz.

Einer der Ingenieure von der Baustirma Aß und Negrelli ordnete einem Arbeiter eine Arbeit an, die diesen sowie seinen anderen Kollegen den Verdienst verschlechtert hätte. Der Arbeiter führte deshalb die Anordnung nicht durch. Dazob wurde der Ingenieur abtadt und er wollte den Arbeiter entlassen. Uner-

wartet für den Ingenieur setzten sich alle übrigen Arbeitskollegen für den Bedrohten ein. Sie sagten: „Reinen Handstreich, wenn die Entlassung erfolgt“. Da mußte der Ingenieur nachgeben. Die Solidarität hatte gestegt.

Hier Arbeiterinnen und zwei Arbeiter der Färberei Lohr wollen als Unternehmer-Sklaverei gekauft werden.

Die Redaktion des „Mahnrufes“ erhielt nach dem Erscheinen des Artikels „Entlohnung und Behandlung in der Färberei Lohr“ in Nr. 24 folgenden Brief:

Bezugnehmend auf Ihren Artikel im „Mahnruf“ vom Juni 1928 teilen wir Ihnen nachfolgendes mit:

1. Die Bäglerinnen 2. Kateg. bekommen von Herrn Lohr einen Stundenlohn von 64 g und ein Stückgeld von 8 g per Stück; mindestens 2 Stück werden in 1 Stunde gebügelt, also bekommt eine Bäglerin 2. Kateg. 80 g pro Stunde.

2. In den Wintermonaten werden uns sogar 4 Stunden in der Woche, die wir nicht gearbeitet haben, auch bezahlt.

3. Weiters teilen wir mit, daß das Dicksein des Herrn Lohr nur auf sein Fußleiden zurückzuführen ist, welches ihn am Gehen behindert, er aber trotz dringenden Anratens des Arztes noch nie einen Kuraufenthalt genommen hat, auch nicht Sommerreisen unternimmt, außer die 8 Tage Urlaub, wo auch wir Urlaub haben.

4. Wir verzichten ganz freiwillig auf das Entgelt, da Herr Lohr seine Angestellten bei Kranksein bedeutend mehr unterstützt, als das Entgelt ausmacht.

5. Wegen Kranksein hat Herr Lohr noch niemanden entlassen.

6. Auch wegen schlechter Behandlung hat sich bis jetzt noch niemand beklagt, da die Arbeiter sonst nicht so oft zurückkommen würden.

7. Bezüglich der Organisation teilen wir mit, daß wir schon einmal organisiert waren und uns das Organisationsgeld wohl abgenommen, doch nichts dafür getan wurde, darum sind wir aus der Organisation ausgetreten, da wir deren ganzen Schwindel erkannt haben und uns Herr Lohr mehr entgegenkommt als die Organisation.

Im Namen sämtlicher Angestellter: Marie Liebenwein Gilli Gäß Käthe Stanel Luise Maulo Safran Franz L. Franz Zwetler

Demnach wäre dem Unternehmer Lohr Unrecht geschehen, wenn nicht die Tatsachen doch so ständen, wie wir sie geschildert haben. Arbeitskräfte von Lohr, die von dem Antwoortschreiben Kenntnis bekamen, sind zu uns gekommen, um festzustellen:

Zu 1: Die Bäglerinnen können nicht immer in der Stunde 2 Stück bügeln, da man für manches Stück allein 1 bis 2 Stunden braucht. Den Lieb-

kindern von Lohr werden allerdings solche Befelungsfälle selten zugewiesen.

Zu 2: Die Bezahlung der nicht geleisteten vier Arbeitsstunden war nur einmal der Fall, nicht den ganzen Winter, und das Geld hat Lohr auf der anderen Seite reichlich wieder hereingebracht.

Zu 3: Wer war 1926 in Italien und 1927 in Tirol, Herr Lohr? Sollten Sie das schon vergessen haben? Und Ihre Fettleibigkeit, die ist durchaus nicht die Folge Ihres Fußleidens. — Es gibt viele Invaliden, die ihre Füße verloren haben und davon nicht viel geworden sind. — Ihre Fettleibigkeit hat ihre Ursache im Profit, den sie aus den Arbeitskräften schöpfen.

Zu 4: Die sechs Unterzeichneten können auf das Entgelt verzichten, weil sie als „Liebhaber“ tatsächlich eine Entschädigung in Krankheitsfällen bekommen. Nicht so die übrigen Arbeitskräfte. Übrigens wollen die Arbeiter keine Gnadengeschenke, sondern ihr Recht auf das gesetzlich feststehende Entgelt.

Zu 5: Binzen Griesbacher, ist Ihnen der Name noch in Erinnerung, Herr Lohr? Wurde dieser Arbeiter nicht entlassen? Lügen haben kurze Beine!

Zu 6: Wer unzufrieden ist, steigt hinaus. Deshalb beklagt sich niemand.

Zu 7: Wenn Lohr seinen Arbeitern so entgegenkommt, warum werfen die sechs Unterzeichneten dann der Organisation vor, daß sie nichts getan hat? Es ist eben doch nicht so, wie es im Brief geschildert ist, denn vieles wäre zu tun. Ausgetreten sind viele aus Angst, hinausgeworfen zu werden.

Der Brief wurde von keinem der Befertigten geschrieben, sondern vom Unternehmer Lohr aufgesetzt und zur Unterschrift vorgelegt. Das Einverständnis sämtlicher ist erlogen. Die Unterfertigten sind Liebhaber des Lohr. Luise Maulo z. B. ist seine „Lieblingsfrau“. Darüber könnte noch mehr berichtet werden.

Gilli Gäß und Safran Franz haben sich das besondere Wohlwollen des Herrn Lohr errungen, als sie beim Gewerbegericht einmal Aussagen zugunsten ihres Unternehmers machten, die ihm zwar nichts geholfen haben, weil er trotzdem verurteilt wurde, den 50 Prozent. Überstundenzuschlag, den er nicht bezahlen wollte, zu zahlen. Der zuletzt unterfertigte Franz Zwetler ist ein alter, schwerhöriger Arbeiter, dem die Unterzeichnung des Briefes, von dem er kaum gewußt hat, was er beinhaltet, nicht übel genommen wird. Die übrigen fünf haben sich aber der allgemeinen Verachtung preisgegeben.

Kurz vor Redaktionsluß erfahren wir, daß die Färberei Lohr den an den „Mahnruf“ gesandten Brief mit einigen Änderungen in der Zeitung des Pfarrers Simpel abdrucken ließ. Dafür bezahlte die Färberei Lohr dieser Zeitung eine fette Annonce und die vier Arbeiterinnen sowie die Arbeiter Safran und Zwetler haben im Leibblatt eines Pfaffen ein würdiges Denkmal errichtet bekommen.

Der Leiter des Heirischen Arbeitsnachweises ein Schädiger der Vermittlung.

Die Fähigkeiten des Herrn Dr. Uranitsch, die Arbeitsvermittlung zu fördern, wurde vielfach bezweifelt. Nun hat er Methoden eingeführt, die äußerst schädigend wirken. Mädels und Frauen der verschiedensten Arbeitsweige, z. B. langjährige Fabrikarbeiterinnen, Textilarbeiterinnen, Näherinnen usw. werden massenhaft zum Hausgehilfenfachalter dirigiert und müssen auf seine Anweisung hin als Hausgehilfen vermittelt werden. Die natürliche Folge ist, daß die Arbeitsgeberinnen, die Hausgehilfen suchen, sich vom Heirischen Arbeitsnachweis, der ihnen unbedingt Fabrikarbeiterinnen und andere professionelle Berufe ausdrängen will, abwenden. Außerdem muß die Schalterbeamtin mit jeder Arbeiterin, die erklärelicherweise zurückgewiesen wird, Protokolle aufnehmen, weshalb und warum sie den

Posten nicht bekommen hat. Vielfach wird dabei den Zugezogenen die Unterstützung mit der Begründung „da Sie aus eigenem Verschulden nicht vermittelt werden konnten“ entzogen. Der Apparat wird dertart unter der Leitung des vielgereisten Dr. Uranitsch, der die Arbeitsvermittlung in den verschiedensten Ländern studierte, bei den Arbeitslosen immer verhasster und in seiner Funktion andererseits immer schwerfälliger. Der Bürokratismus erbrückt den eigentlichen Zweck des Arbeitsnachweises, die Vermittlung. Unter solchen Umständen werden die Arbeitslosen in ihren Versammlungen erklären, Dr. Uranitsch, der durch seine Methoden die Vermittlung schädigt, soll verschwinden.

Aber das Arbeitslosen-Versehungs-gesetz folgen Erklärungen wieder in der nächsten Nummer.

Gerichtssaal.

Der Kartoffelbauer und Hausbesitzer Senfer dreimal gerichtet.

Der 15. Juli war für den Kartoffelbauer ein ereignisvoller Tag. Er war angeklagt, seine Ehegattin, die Antonia mit der Peitsche, mar angeklagt und seine Kinder mußten sich schulfrei nehmen, um Mama und Papa als Zeugen für die Unschuld beider zu retten. Im Fall des Selbigen waren schon einige Schillinge für ein gutes Tröpffel und eine gute Pause reserviert. Der Kartoffelbauer hatte am selben Tage auch eine Verhandlung gegen eine seiner Mietparteien, die er wegen Ehrenbeleidigung geklagt hatte, und von dieser Verhandlung hoffte er selbstverständlich auch als Sieger wegzugehen. Aber es kam alles ganz anders. Er und seine Frau wurden verurteilt, sie die Antonia mit der Peitsche mißhandelt hatte, der „Herr Hausbesitzer“, weil er die Parteien auf das gemeinste bespöttelt und zum größten Ärger wurde in der 3. Verhandlung die Partei, welche Senfer geklagt hatte, freigesprochen, und das Geld fürs guate Tröpffel und für die guate Pause und no a wengel dazua mußte Senfer bei Gericht auch noch abführen. Er und seine Gattin wurden nämlich zu einer Geldstrafe von 30 S und zur Kostentragung von 11 S verurteilt. Grandig und verzweifelt mit langer Nase trat er, der als Sieger mit seinem Troß auszog, den Heimmarß an. Ob die Aktion ihm gebessert haben dürfte, wird die Zukunft lehren.

Ein gescheiterter Suliprozess.

Der Arbeitslose Felix Stromer wurde im Vorjahre wegen Bedrohung eines Frontkämpfer-Offiziers zu drei Monaten verurteilt. Er erhob dagegen Einspruch, weil der Fall, der vor einem Schöffengericht verhandelt wurde, vor das Geschworenengericht gehört hätte. Der Oberste Gerichtshof mußte deshalb tatsächlich das Urteil aufheben.

Die gewerbliche Krankenkasse will keine Spitalkosten zahlen.

Unsere Leser haben dieses zweifelhafte Sozialversicherungsinstitut, diese Unternehmerrgründung, die darauf aus ist die Arbeiter hinten und vorne zu betrügen, schon kennen gelernt. Wieder schreibt uns ein Arbeiter: „Schwer lungenleidend kam ich zum Chefarzt der „Gewerblichen Krankenkasse“ zur Überprüfung. Ich wollte ins Spital. Um der famosen „Gewerblichen Krankenkasse“ die Spitalkosten zu ersparen, erklärte der Chefarzt, da geben wir 20 Injektionen. Als ich ihm drohte, mein Recht auf Heilung wo anders zu suchen, wurde ich ins Landeskrankenhaus um einen Befund geschickt. Als der zur Stelle war, wollte der Chefarzt sich von einer Spitalabgabe wieder drücken. Er verlangte eine Durchleuchtung. Ihr Resultat: „Niel fehlt Ihnen nicht“, dabei habe ich alle Tage Fieber. 14 Tage Krankenstand gebe ich Ihnen, erklärte der Chefarzt. Ich bestand auf eine anständige Spitalbehandlung. Davon wollte er durchaus nichts wissen. Erst als ich nicht von der Stelle ging, bekam ich eine Spitalanweisung. Das sind meine Erlebnisbe bei der „Gewerblichen Krankenkasse“. M.

Seipel beglückwünscht einen Massenmörder.

Anlässlich der 10 jährigen Jubiläumspräsidentenschaft des Blut-Schöbers, der am 25. Juni 1919 17 Arbeiter und am 15. Juli 1927 90 Arbeiter hinhinmorden ließ, hat Seipel an ihn folgendes Schreiben geschickt: Sehr geehrter Herr Präsident! Heute, da ein Jahrzehnt voll wird, seitdem Sie an der Spitze der Wiener Polizeidirektion stehen,

sehe ich diesen für Sie und uns bedeutungsvollen Zeitraum als eine Einheit vor mir. Ich bin überzeugt, wenn alle, die gleich mir Ihre Tätigkeit aus nächster Nähe beobachten konnten, es ebenso machen, also Ihr Wirken in vollem Umfang sich vor Augen stellen und nicht nur bei der Erinnerung an den einen oder anderen Tag verweilen, könnte ich niemand, welchem Stande und welcher Partei er angehört, dem Erkenntnis entziehen, wie viel Volk und Vaterland Ihnen verdanken.

Ich denke an die ersten Monate Ihrer Tätigkeit als Leiter der Wiener Polizeidirektion zurück, in denen Sie mit uns — leidvollen, aber doch bis zum letzten Augenblick nicht hoffnungslosen Herzens — den Untergang des alten Österreich miterlebten. Ungleich manchen anderen haben Sie, als sich das Schicksal vollendet hatte, mit dem Volke, dem Sie entkamen, den Weg in das neue Österreich gefunden und aufs ehrlichste mitgearbeitet, es aufzubauen. Als es im ersten Jahre, nachdem unsere Republik sich ihre gegenwärtige Verfassung gegeben hatte, angezeigt erschien, an die Spitze der Bundesregierung einen Mann der Verwaltung zu stellen, der nicht dem Parlament angehört, sind wir zu Ihnen gekommen und haben uns Sie als Bundeskanzler geholt. Bevor wir daran gingen, wieder eine parlamentarische Regierung einzuführen, boten wir Ihnen selbst die Kandidatur für ein Mandat in der Volksvertretung an. Sie aber zogen es vor, der unparteiisch, wenn auch selbstverständlich innerlich nicht parteilose Polizeipräsident zu bleiben. Sie sind es in der Tat alle Jahre seither geblieben. Niemals hat Liebe oder Haß Ihre Ausföhrung bestimmt, sondern immer haben Sie nach bestem Wissen und Gewissen das getan, was sachliche Notwendigkeit war, mochte es auch den einen gefallen, den anderen nicht.

Nehmen Sie meine herzlichsten Glückwünsche zum heutigen Tage und den Dank der Bundesregierung für das ganze Jahrzehnt Ihrer aufopferungsvollen Amtstätigkeit entgegen.

Mit dem Ausdruck meiner besonderen Hochachtung und den besten Größen, sehr geehrter Herr Präsident
Ihr ergebener Seipel.

Der Vertreter des Bürgertums und Priester der katholischen Kirche dankt hiemit dem Herr für seine geleisteten Dienste.

Bei Wohnungsänderungen

die neue Adresse mit Angabe der alten Adresse sofort immer bekanntgeben, damit im Bezug keine Unterbrechung eintritt. Untermieter müssen auch die Adresse ihres Hauptmieters angeben.

Verschiedenes

Die Tiroler Heimwehrführer haben beschlossen, am 12. November 1928, den 10. Jahrestag der Republik für Faschismus und Monarchie, zu demonstrieren.

Arbeitslose hört! In der Wiener Staatsoper wurden bei einer der Aufföhrung „Die ägyptische Helena“ für eine Loge 360 Schilling bezahlt. Für den allerbilligsten Platz 15 Schilling.

Seipel erklärte in einer Sonntagssrede im katholischen Gesellenverein, die Arbeiter müssen die Priester und nicht die Gewerkschaftsfunktionäre zu ihren Führern auswöhlen, dann wird es ihnen besser gehen.

Groß-Gratz. Die Sozialdemokraten haben im Landtag einen Gesetzesantrag eingebracht, wonach alle Umgebungsgemeinden Eggenberg, Begeisdorf, Straßgang, Liebenau, St. Peter, Waltendorf, Andriß, Gößling, Feldkirchen, Hart, Rainbach, Fölling, Weinigen und St. Weit ob Gratz, eingemeindet werden sollen. Die Bürgerlichen stellen sich dagegen. Die Arbeiter sind dafür.

Der griechische Tabalarbeiterstreik hat den Charakter eines Aufrehrs angenommen. In den Städten wurden Varricaten errichtet, ein Teil der Kriegsskulle meuterte. Die Regierung hat alle führenden Kommunisten verhaftet.

Ein armer Pöcher. Das „Vollkornblatt“ berichtet über den Pöcher „er lebt sehr frugal (mäßig) und hat in der heißen Jahreszeit den Wein mit einem Glas Bier verkauft.“

Der Schülerfestzug zur 800-Jahre-Feier von Graz hätte mit einer Pause für die vielen unterernährten Arbeiterkinder eingeleitet werden sollen, dann wären die vielen Ohnmachtsfälle unterblieben.

Das Mailänder Attentat war ein Wert der Faschisten selbst. Das Verteilungskomitee für die Opfer des Faschismus unter dem Vorsteh Henri Barbusse hat die Dokumente, die das beweisen, im Besitz.

In der Andra- und Marschallschule werden Kinder, die den Kinderfreunden angehören, von den Faschisten Stoff und Bius skitaniert.

Von Faschisten schwer mißhandelt wurde ein englischer Kavaler in Mailand. In Triest wurde ein Ödzer Kaufmann, der antifaschistisch gesinnt war, überfallen, erstochen und ins Wasser geworfen.

Als Folge der zunehmenden Verelendung durch andauernde Arbeitslosigkeit, weist Wien ein rapides Ansteigen der geheimen Prostitution auf. In zwei Monaten wurden 600 Mädchen von der Polizei in Haft genommen. 118 darunter waren Geschlechtskranke.

Im Staatsanwaltschaftsalar entkam aus dem Beobner Kreisgericht der zu 4 Monaten Kerker verurteilte Josef Bugar. Vom Vormart wurde er beim Ausgang aus dem Gefängnis noch ehrenbreitig begrüßt.

Gegen die Verurteilung der Führer der kommunistischen Partei Italiens, die in Rom von einem Sondergericht zu 20 bis 27 Jahren Kerker verurteilt wurden, hat Dr. Ellenbogen, Professor Max Adler, Dr. Oswald Richter, Dr. Robert Lazarfeld, Dr. Rosenfeld, Dr. Bruno Schönfeld und Dr. Egon Schönhof ein Protesttelegramm an Mussolini geschickt.

Einen schwachsinntigen Sohn 15 Jahre gefangen gehalten. Im Schweinefall des Kunstmühlensbesizers Bild in Kösmacht bei Straubing fand die Gendarmerie den zu einem Skelett abgemagerten und mit Ungeziefer bedeckten, schwachsinntigen Sohn des Mühlensbesizers, der ihn eingesperrt hatte, um sich die Anstaltskosten zu ersparen.

2 Tote und 3 Verwundete im jugoslawischen Parla. ent. Während einer Sitzung zog der serbische Abgeordnete Racic der Regierungspartei einen Revolver und gab auf die Bänke der Radicgruppe der kroatischen Bauernpartei mehrere Schüsse ab. 2 Abgeordnete waren sofort tot, 3 verwundet, darunter der kroatische Bauernführer Stephan Radic.

Parteinachrichten

Montag kein Diskussionsabend! Dieser wird Mittwoch, den 27., um halb 8 Uhr im Parteilokal abgehalten.

Munkraunde. Zusammenkunft am Montag den 26. Am selben Tage findet bereits der 2. Übungsabend Rat. Trotz dem können und sollen sich diejenigen, die an der Ausbildung teilnehmen wollen, noch melden. Anmeldungen werden im Parteilokal und bei Gen. Frach, Schönengasse 3, entgegengenommen.

Note Hilfe.

Donnerstag, 28. Juni 1928, um halb 8 Uhr abends, findet im Gasthof „Kärntnerhof“, Wienerstraße 43, der Diskussionsabend der „Roten Hilfe“, Zahlstelle Graz, für den Bezirk Leud statt.

Tagesordnung:

„Was ist und was will die „Rote Hilfe“.“